

10. Wahlperiode

13.12.1988

## Antrag

der Fraktion der CDU

### EntschlieÙung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes  
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989  
(Haushaltsgesetz 1989)

- Drucksachen 10/3500, 10/3740, 10/3780 und 10/3815 -

hier: Einzelplan 03 - Innenminister

### Neue Herausforderungen für die Polizei

I. Der Landtag Nordrhein-Westfalen stellt fest:

Mit der bevorstehenden Aufhebung der Grenzkontrollen sieht sich auch die Polizei in Kürze einer neuen Herausforderung gegenüber. Vielfältige und steigende Aktivitäten international operierender organisierter Kriminalität können nur von einer modern ausgerüsteten, gut ausgebildeten und leistungsfähigen Kriminalpolizei wirksam bekämpft werden.

Bereits heute aber hat die Kriminalpolizei die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit erreicht, wenn nicht überschritten. Neben den weiter wachsenden Bereichen der "Kleinkriminalität", die ohnehin im wesentlichen nicht mehr wirksam bekämpft werden können, muß sich die Kriminalpolizei auf die "modernen" Kriminalitätsformen der Computer- und Wirtschaftskriminalität einstellen. Der ständige Aufgabenzuwachs - Verdoppelung der Kriminalitätsrate seit 1970 und gleichartige Zunahme der Aufgaben im Verkehrsbereich - ist nicht von einer angemessenen Entwicklung der Personalstärke begleitet worden. Im Gegenteil, in dieser Zeit hat ein empfindlicher Abbau von Stellen stattgefunden; hinzugekommen ist eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit und die verdiente Teilnahme am sozialen Fortschritt durch mehr Urlaub, Weiterbildungsmöglichkeiten usw.

Datum des Originals: 13.12.1988/Ausgegeben: 13.12.1988

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 8842439, zu beziehen.

Die Schutzpolizei hat infolge ihrer ständigen Einsatzbereitschaft in der Regel den ersten Zugriff bei der Gefahrenabwehr und auch bei Straftaten aller Art. Sie hat somit das breiteste Aufgabenspektrum und auch die größte Verantwortung gegenüber dem Bürger, weil sie zur Erledigung ihrer Aufgaben in empfindliche grundrechtlich geschützte Rechte der Bürger eingreifen muß. Neben ihrer ausschließlichen Zuständigkeit im Bereich der Verkehrssicherheit ist sie in erster Linie Ansprechpartner für den Schutz und hilfesuchenden Bürger und leistet ein großes Maß an Amtshilfe für Ordnungsbehörden und andere Dienststellen. Sie leistet im übrigen auch einen wesentlichen Anteil an der Kriminalitätsbekämpfung.

Die Polizeibeamten, die mit dieser Belastung seit Jahren fertig werden müssen, verdienen unsere Achtung und unseren Respekt. Sie haben aber auch einen Anspruch auf eine angemessene und gerechte Besoldung und, insbesondere im Bereich des Wach- und Wechseldienstes, einen Anspruch auf angemessene Freizeit.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung erneut auf,

ein schlüssiges Personalkonzept vorzulegen, das sich an der tatsächlichen Belastung der Polizei ausrichtet.

Dr. Worms  
und Fraktion